

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Lohnmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Kanöbren 1,30 M., durch die Post 1,35 M. Im Falle höherer Gehalts-Bestrebungen Streifen für jeden Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Preiszelle oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeilenseite 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe undurchlässig geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10. — M. bis zum Ende, sonstigen Postgebühren; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 136

Donnerstag, den 17. November 1932

34. Jahrg.

Zuschlagserteilung.

Auf die Nachangebote für die Kämmereigutstücke des Stadtfeldes vom 3. September 1932 wird hiermit der Zuschlag erteilt, soweit einzelne Pächter inzwischen keine andere Nachfrist erhalten haben.

Kemberg, den 15. November 1932.

Der Magistrat.

Gefundene Gegenstände:

- 12. 9. 32 ein Herrenrad
- 23. 9. 32 ein Gummihall
- 9. 10. 32 eine Brille
- 16. 10. 32 ein Schlüssel
- 17. 10. 32 ein Schlüssel

Kemberg, den 15. November 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Frankreichs Europa-Plan

Der torrierte Herriot. — Sanktionen und schwere Waffen gegen Miliz. — Die vergessene Abrüstung.

Nach schweren Kämpfen mit Militärs und Mitarbeitern hatte der französische Ministerpräsident die Grundzüge eines Abrüstungsplanes durchgesetzt. Es sollte ein Plan werden, der den Weg frei machte für europäische Verständigung, für die Korrektur des Versailles-Vertrages. Aber durchgesetzt waren nur die Grundzüge, nicht die Einzelheiten jenes Planes. Was bei der Bearbeitung der Einzelheiten aus dem ganzen Projekt gemordet ist, sieht wesentlich anders aus als jene Grundzüge, die vor einigen Wochen der französische Ministerpräsident verkündete. Ministerpräsident Herriot ist von seinen Mitarbeitern und von seinen Genossen torriert worden, der Herriot-Plan ist nicht mehr ein Plan Herriot, und so unterscheidet sich die Kritik, die man an Frankreichs Gener-Plan üben muß, sehr wesentlich von der Stellungnahme, die man zu Herriot damals gemacht hat. Was also in dem Projekt der Post-Boncour, Waffstil, Aubert — das sind die Korrekturen Herriot's genauen — nicht viel übriggeblieben. Es handelt sich nicht mehr um einen Abrüstungsplan, nicht mehr um einen Plan des Abrüstungsplanes, sondern um einen politischen Organisationsplan für Europa mit dem Ziel, die Stellung Frankreichs und seiner Verbündeten, die Grenzen des Versailles-Vertrages auf absehbare Zeit gegen jeden Wenderungsversuch zu sichern.

Der hervorleuchtendste Punkt in Herriot's Antinidungsplan war der Vorstoß, in allen europäischen Staaten vom System großer lebender Heere zum Milizsystem überzugehen, zu militärischen Organisationsformen, die durch die Kürze der Ausbildungszeit den reinen Verteidigungscharakter der Rüstung gewährleisten. Schon damals gab es förmlich Einschränkungen, weil die Kolonialarmee außerhalb dieses Systems bleiben sollte, weil die Rede von einer mit schweren Waffen ausgerüsteten Wälderarmee war. Aber jetzt erscheint dieser Übergang zum europäischen Milizsystem nur noch als ein Nebenpunkt, die Hauptfache ist die Sicherung der Versailles-Grenzen, die Stellung Frankreichs, und dieser Hauptfache wird nicht der gesunde Mißgabe und selbst der diskutabile Plan einer Wälderarmee völlig untergeordnet.

Nach dem französischen Armeepan in seiner torrierten Fassung würde die politische Organisation Europas so aussehen: Alle europäischen Festlandsstaaten erhalten leichbewaffnete Milizarmeen. Aber Frankreich behält daneben seine 250 000 Kolonialsoldaten, die von Nordafrika in einelnabigen Tagen nach Frankreich überlegen können. Alle europäischen Staaten verpflichten sich, den Frieden aufrecht zu erhalten und mit gemeinamer Kraft gegen einen Angreifer vorzugehen. Gegen den Angreifer soll außerdem eine mit schwerer Artillerie und allen Angriffswaffen ausgerüstete Wälderarmee bereit, d. h. diese Wälderarmee wird erst im Einzelfall zusammengeführt. In normalen Zeiten stehen ihre einzelnen Abteilungen in den Staaten, die jetzt über schwere Waffen verfügen. Unter diesen Staaten aber heißt Frankreich das Hauptkontingent an schweren Waffen und somit auch das Hauptkontingent in einer künftigen Wälderarmee. Frankreich stellt also die wichtigsten Nachmittels gegen Friedensbrüche; den anderen Staaten, vor allem den abgerüsteten Staaten wie Deutschland, bleibt als

Schutz gegen Friedensbrüche nur die juristische und vertragliche Sicherung, aber keine Macht, diese Verträge und juristischen Klauseln durchzuführen. Wer als Angreifer gilt und somit den gesamten Nachmittels des anderen Staates in Anspruch nimmt, bestimmt sich der schwergerüstete Staat — eine Mehrheit, die Frankreich mit Hilfe der ihm verbündeten Staaten jederzeit zusammenbringen kann. Das System dieses französischen Planes würde also darauf hinauslaufen, die schwergerüsteten Staaten mit einer Art Polizeigewalt über Europa zu versehen und unter ihnen wieder als dem schwergerüsteten Staat Frankreich zum Hauptaufenthaltsort und zum Hauptdepot der europäischen Polizei zu machen. In Herriot's Plan fanden sich Antinidungspunkte, über die Deutschland diskutieren könnte. In dem jetzigen Plan ist wenig davon übriggeblieben und stattdessen finden sich Unmöglichkeiten nicht nur für Deutschland sondern auch für England und die Vereinigten Staaten. Jenes Sanktionensystem, das einseitig den Angreifer bestimmt und gegen ihn alle Kräfte in Bewegung setzt, ist von England stets abgelehnt worden, weshalb die Urheber des Planes England in großer Verlegenheit mit dem Spiel liegen und den Plan auf den Kontinent beschränken. Von der deutschen Gleichberechtigung wird überhaupt nicht mehr gesprochen, obgleich sie inzwischen von England und Italien ausdrücklich auch öffentlich anerkannt ist. Von der Abrüstung ist kaum die Rede. Es wird nichts über die Zukunft der Wälderarmee, nichts über das Schicksal der großen Schiffsflotte über 10 000 Tonnen gesagt. Es herrscht hier nicht um einen Abrüstungsplan sondern um ein System der politischen Grenzen sowohl für die Seeresmacht als die Kriegsmaterialien. So muß vor allem das Echo aus Amerika abgebart werden. Für Deutschland ergeben sich Diskussionspunkte, wenn das Milizsystem wirklich allgemein wird und wenn die projektierte Wälderarmee nach der Beschränkung nicht noch einseitig die Verträge festsetzt und immer überhöhten Abrüstungsplan zusammengeleitet wird. Aber solche Punkte müßten ausseräumt sein, ohne aus den meisten Antinidungspunkten des französischen Planes die Verhandlungsgrundlage werden könnte, die Deutschland bemerkt, also an den Genes Abrüstungsabhandlungen wieder teilnehmen.

Frankreichs Abrüstungsvorschlag

Ein Auszug aus dem Pariser Memorandum.

Paris, 15. November.

Die Nachrichtenagentur Haapas veröffentlichte einen amtlichen Auszug aus dem Abrüstungsprogramm der Regierung Herriot, das in den nächsten Wochen die Abrüstungskonferenz beschäftigen wird. Die französischen Vorschläge, so heißt es in dieser Veröffentlichung, hätten nicht den Zweck, frühere Vorschläge anderer Delegationen zu ersetzen, namentlich nicht die Vorschläge Hoover's.

Es sei immer deutlicher geworden, daß die Herabsetzung der Rüstungen unter den Artikel VIII des Wälderbundesstatuts vorgezeichneten Bedingungen nicht erfüllt werden könne, wenn man nicht auf die besonderen Situationen eines jeden Staates Rücksicht nehme und insbesondere auf das Bestreben der Regierungen, diese Herabsetzung mit den bestehenden oder noch zu schaffenden Sicherheitsbedingungen zu verbinden.

Entsprechend der Anregung des amerikanischen Präsidenten ist ein wesentliches Ziel der Abrüstungskonferenz die Befürwortung der Herabsetzung durch Herabsetzung der Angriffskräfte.

Was die erste Hilfe zugunsten eines vertraglich gebundenen Staates betrifft, so lege man die Spezialisierung beschränkter Elemente vor (Truppenkontingente, welche eine mehr oder weniger lange Dienstzeit absolvieren und mit Materialien ausgestattet sein würden, die den Nationalbehörden verboten seien). Diese Elemente würden dem Wälderbund zur Verfügung gestellt und fänden bereit, beim ersten Anruf in Bereitschaft zu treten.

Weitere Bestimmungen betrafen unter der Kontrolle des Wälderbundes in jedem Staate vorzunehmende Aufstellung von mobilen Kriegsmaterialien (das dem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden würde), also eines Materials, dessen Aufbewahrung durch das allgemeine Abkommen erlaubt, aber den nationalen Streitkräften mit kurzfristiger Dienstzeit verboten sein würde; ferner die allmähliche Aberüstung der Kriegsmaterialien, deren Herstellung kontrolliert würde und allmählich international organisiert werden würde.

Verschiedene Vorschläge namentlich der von Sir John Simon hätten nun die Bedeutung dieser qualitativen Abrüstung auf das Material beschränkt. Angenichts der hier auftauchenden Schwierigkeiten schloß Frankreich vor, eine Gesamtlösung ins Auge zu fassen, dadurch, daß man etappenweise die Form einer militärischen Organisation luche und verwirklichte, die unter den gegebenen politischen und technischen Umständen die für jede Genes besondern Charakter trügen, eine Angriffslosigkeit erlernen würden.

Nur auf diesem Wege laube Frankreich eine gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung durch die allmähliche Angleichung der Militärkräfte an einen Verteidigungssipp und durch eine gleiche Beteiligung an den Kosten und Vorteilen der „Gemeinamen Aktion“, die

in Wälderbundesstatut vorgezeichnet sei, finden zu können, wobei jeder Gebante an eine Anrufung ausgeschlossen sei. Nur Grund dieser verschiedenen Erwägungen lege die französische Delegation eine Gesamtheit von Vorschlägen vor, damit vorbeständig der allgemeinen Abschwärzung, die für alle Mächte die Verpflichtungen zur Befestigung, Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen definieren werde, eine Reorganisierung für Europa vorgehen werde, die geeignet wäre, in Europa das Problem der Herabsetzung der Rüstungen sowohl von seiner politischen wie von seiner technischen Seite aus zu lösen.

Das französische Memorandum spreche die Hoffnung aus, daß die Mächte, die an diesen Vorschlägen nicht teilnehmen werden, deren Durchführung doch ermöglichen werden, in dem sie sich bereit finden, den G a n t e n aus den sie schon bindenden Fäden über volle Wirkung zu verleihen: Antiriegspakt und Wälderbundesstatut.

Ohne diese Voraussetzung würde der vorliegende Plan andurchführbar sein.

Unter Berufung auf die Erklärung Gtimons, daß kein Unterzeihner des Kellogg-Antiriegspaktes gegenüber einem Angreifer neutral bleiben könne, habe das erste Kapitel des französischen Vorschlags zum Zweck, diesen Grundgedanken durch alle Mächte befähigen und präzisieren zu lassen.

Die Mächte müßten insbesondere im Falle eines Verstoßes gegen den Antiriegspakt ihre wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu dem Angreiferkraf abbrechen.

Alle vertraglich gebundenen Teile müßten dem allgemeinen Schicksal der Mächte teilhaftig sein. Um die Gleichheit in der Beteiligung zu gewährleisten, müßte der vertraglich gebundene Teil des Wälderbundes damit befaßt werden, der mit Stimmenmehrheit über die zu treffenden Maßnahmen zu beschließen hätte. Die vertraglich gebundenen Teile würden zur Durchführung dieser Entscheidung Hilfe leisten.

Die Heere der vertraglich gebundenen Teile, heißt es in dem Plan weiter, werden allmählich auf den einheitlichen Typ eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Effektivbestand gebracht. Um die Gleichheit in der Beteiligung zu gewährleisten, wird festgesetzt, daß bei der Abschaffung der Effektivbestände gemäß Artikel VIII des Wälderbundesstatuts die besonderen Bedingungen eines jeden Staates berücksichtigt werden, so namentlich die Ungleichheit und Verschiedenheit der Rekrutierungsquellen. Ebenso werde die militärische Ausbildung berücksichtigt werden müssen, die den politischen Verbänden erteilt werden, ferner die Bedeutung der Polizei. Diese Nationalheere würden kein hartes mobiles Material befehlen.

Ferner die Organisation der fähigen und regelmäßigen Kontrolle der Durchführung dieser Verpflichtungen zwischen den vertraglich gebundenen Teilen. Die Durchführung dieses Programms werde etappenweise vor sich gehen.

Besüglich der Flottenstreitkräfte sagt der Plan für den Fall, daß den Signatarmächten die Möglichkeit gegeben werden soll, bei Erhaltung des gegenwärtigen Relativitätskoeffizienten, die Tonnage in möglichst weitem Ausmaß herabzusetzen, den Abschluß eines Weltmeerespaktes unter den interessierten Staaten ins Auge, der ihnen ausreichende Garantien für gerechtfertigten Bestand geben würde.

Besüglich der Rüstungen zur Luft schlägt die französische Delegation den Abschluß eines Abkommens zwischen allen über Flugzeuge verfügenden europäischen Staaten vor zwecks Schaffung der „Europäischen Lufttransportation“. Ebenso tritt es für die Schaffung — wenigstens in Europa — einer internationalen Luftflotte ein, deren Personal aus Freiwilligen der verschiedenen Nationalitäten nach einem noch zu bestimmenden Kontingentsverhältnis rekrutiert werden würde.

Die Länderreise des Kanzlers

Föderalismus der Reichsregierung. — Engle Zusammenarbeit mit den Ländern.

Berlin, 15. November.

In Begleitung des Reichspressesekretärs Wards, des Freifürstlichen von Bayern zum Staatsrat und der sächsischen Regierung in Dresden ein. Ministerpräsident Schied äußerte in einer Willkommensrede den Wunsch enger persönlicher Fühlungnahme zwischen Reichsregierung und Ländern.

Eine solche ist notwendig auch bei der Lösung des großen Problems der Reichsreform.

Die sächsische Regierung sei bereit zur Mitarbeit auf der Grundlage, daß dem Reiche das gegeben werde, was es zur Erhaltung und Festigung seiner Autorität nach außen und innen brauche, daß aber andererseits im Interesse einer geordneten Entwicklung des Reiches und aller seiner Glieder das Eigenleben der Länder unter genauer Abgrenzung der berechtigten Zuständigkeiten gewährleistet und den Ländern die Mitarbeit an der Gefährdung und Derhaltung im Reiche ermöglicht werde.

Ministerpräsident Schied kam jedoch auf die außerordentliche Notlage in Sachsen zu sprechen und überreichte dem Reichskanzler eine Denkschrift hierzu.

An seiner Antwort erklärte Reichskanzler von Papen u. a.: „Ich darf bei dieser feierlichen Gelegenheit das schon

so oft abgelegte Beschlüsse mitteilen, daß die derzeitige Reichsregierung voll und ganz auf föderalistischen Boden steht und daß sie nichts ernstlicher wünscht, als in enger persönlicher Fühlung mit den Bändern das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der deutschen Bundesstaaten nach jeder Richtung zu fördern.

Die lästige Mitwirkung der Länder bei der Lösung des Problems der Reichsreform ist deshalb eine Selbstverständlichkeit. Wenn es daher auch in Zukunft die besondere Sorge der Reichsregierung sein wird, den Bändern unter genauer Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten die Mitarbeit an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches zu ermöglichen, so wird es nicht weniger wichtig sein — und ich habe in dieser Frage immer die besondere Unterstützung Sachgenossen gefunden — die Autorität des Reiches und seiner Regierung nach innen und außen in vollem Umfange zu wahren.

Mein Belohn im Lande Sachsen fällt in eine Zeit erster wirtschaftlicher Störungen und damit naturgemäß verbundenen härteren Lösungen und Spannungen. Die Reichsregierung hat in ihrem Wirtschaftsprogramm beachtet, den Anstoß zu einer neuen Belebung der Wirtschaft, zu einer tatkräftigen Bekämpfung des nationalen Unglücks der Arbeitslosigkeit, zu geben. Wir wissen, daß gerade der sächsische mittlere und kleine Unternehmer mit äußerster Sparsamkeit und unter Einlage letzter eigener Kräfte arbeitet, um Aufträge herbeizuholen, seine Arbeiter in Brot und seine Industrie dem Lande zu erhalten.

Da die Wirtschaftspolitik des Reiches im besten Sinne eine Mittelstandspolitik sein soll, so hat die Reichsregierung nicht geachtet, auch Sachsen, entsprechend seiner besonders bedrängten Lage, besondere Hilfe angedehnt zu lassen.

So haben wir, um der sächsischen Wirtschaft entgegenzukommen, Teile Sachsens in das Ostfälische einbezogen, haben in Dresden eine Geschäftsstelle der Industriebank errichtet, damit sie in enger Fühlung mit den Kreditnehmenden bleibe. Des weiteren hat sich der Reichsminister der Finanzen bereit erklärt, bei einer Kreditengpässe an die sächsische Wirtschaft mitzuwirken, obwohl die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen sind. Die letzte Botschaft, die wir schon heute auf manchen Gabeln des Wirtschaftslebens spüren, ist eine harte Klänge, die mit der Sorgfalt äußerster Vertrauens gehegt und gepflegt, nicht aber mit dem mitleidigen Abwas gebäugter Parteipolitik zertrütert werden sollte.

Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß der Gesamtentwicklungsprozeß der Wirtschaft nicht durch Nebenfragen des politischen Unverstandes abgelenkt werden wird.

Der Reichstanzler begab sich hierauf zum sächsischen Landtag, wo er vom Landtagspräsidenten Breitschmid begrüßt wurde. Im Anschluß daran begab sich der Kanzler zur früheren ersten Kammer, wo sich die Vertreter der sächsischen Presse in einem Empfang verarmelt hatten.

Zur Frage der Reichsreform bekundete der Kanzler unter Anleitung an seine vorherigen Ausführungen gegenüber dem sächsischen Ministerpräsidenten, daß die Reichsregierung durchaus föderalistisch eingestellt ist. Die Zusammenarbeit zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sei niemals so notwendig gewesen wie gerade in dieser Zeit der materiellen und seelischen Nöte. Die Länder müßten an der Reichsreform entscheidend mitwirken. Die Mitwirkung des Volkes an den Geschäften des Landes solle in keiner Weise ausgeschlossen werden; im Gegenteil, es solle eine neue bessere konstitutionelle Basis geschaffen werden, die gerade eine Mitwirkung der breitesten Massen des Volkes an der Regierung erst ermöglichen.

Die Regierung wolle die breiteste Mitarbeit von Volk und Parteien, die der Zubehörsfaktor der Gefährdungen und Meinungen sind, auf dem Gebiet des Parlamentarismus, der in den letzten Jahren manches Unheil angerichtet habe, tolle ausgeschaltet werden.

Es wäre länderhaft, wenn man in einer so ungeheuer schwierigen Stunde des Landes nicht alles versuchen würde, zusammenzumachieren, um bezüglich der Außen- und Innenpolitik eine möglichst breite Basis zu finden.

Er lege Gewicht darauf, die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der regionalen Presse herzustellen, was er sich gerade davon sehr viel verspreche. Denn die regionalen Presse fühle den Rufschlag des Volkes und der Wirtschaft mehr, als die auf Berlin beschränkte Presse.

Personenfragen würden in diesem historischen Spiel der politischen Kräfte keine entscheidende Rolle spielen. Not-

wendig sei die Einigkeit im Ziel und im Willen, aus diesem Zustand wirtschaftlicher und seelischer Schwäche herauszukommen.

Regierung und Parteien

Ruhigere Auffassung der Lage.

Berlin, 16. November.

Die bisherigen Empfindungen von Parteiführern beim Reichstanzler konnten irgendwelche Enttäuschungen naturgemäß noch nicht herbeiführen; es ist auch kaum anzunehmen, daß solche von weittragender Bedeutung noch in der laufenden Woche zu erwarten sind, zumal so auch der Reichstanzler die zweite Hälfte der Woche in Südwestdeutschland zubringen wird.

Auch in dem oppositionellen Parteitag beurteilt man augeregt die Verläufe der letzten Tage, die von einer Auflösung des Reichstages bis hin zum Zusammenstoß zwischen Reichstagspräsidenten sprechen, den Reichstag bereits in der nächsten Woche einzuberufen, ist schon nach Erkundigungen an zuständige Stelle demertert worden.

Gegen diese vorzeitige Einberufung spricht zum Beispiel die Tatsache, daß die Mandatsverteilung noch gar nicht amtlich festgestellt ist. Die Kandidaten müssen sich erst einmal erklären, ob sie die Wahl annehmen und, wenn sie in mehreren Wahlkreisen gewählt sind, an welcher Stelle. Der Wahlauswahlsausfluß soll dem Vernehmen nach erst am 19. November zusammenzutreten. Es wird also dabei bleiben, daß der Reichstag für den 2. Dezember, den letzten zulässigen Termin, einberufen wird. Aus alledem ergibt sich jedenfalls eine sehr viel ruhigere Beurteilung der ganzen Situation als in den letzten Tagen.

„Ungeteilt und uneingeschränkt“

Der Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer von der NSDAP, fordert aufs neue in einem Artikel in der Nationalistischen Parteipresse die Einsetzung der „ausgebildeten, starken, aufnahmefähigen, operativen, energiegeladeneren Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung“. „Und zwar — so schreibt er — ganz ohne Widerspruch, ungeteilt und uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entschluß des Schöpfers und Führers der Bewegung.“

Eine Auslosung der BVP

Gelegenheit einer Sitzung der Landesparlamentarier der Bayerischen Volkspartei wurde eine Verlautbarung einmütig beschlossen, in der es heißt: „Die Bayerische Volkspartei wird alles daran legen, um eine ruhige und gelassene Entwicklung in Deutschland zu fördern, ein Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichstag zu erleichtern und alle parteipolitischen Schwierigkeiten um des Vaterlandes willen zu überwinden. Die Bayerische Volkspartei weiß, daß dies nicht nur bei allen Parteien die Einigung in eine große deutsche Volksgemeinschaft erfordert, sondern auch bei der Reichsregierung den ehrlichen Willen voraussetzt, wirklich ernsthaft die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reichstag anzustreben. Die Gerichte, wonach die Verhandlungen des Reichstanzlers mit den Parteiführern nur zum Schein geführt wurden, und die Reichsausschüsse noch vor Zusammentritt des Reichstages und ohne dessen Arbeiten abzurufen, beschlossene Sache ist, wurden dabei ernsthaft geprüft. Es kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß, wenn hinter diesen Gerichten Absichten ernst zu nehmender politischer Persönlichkeiten stehen, die Bayerische Volkspartei einer solchen Politik mit allen Mitteln entgegenarbeiten und anstreben, die Zusammenfassung aller auf geordneten Kräfte im deutschen Volke anzustreben muß.“

Braun-Regierung ehrt Hauptmann

Gleichlautender Befehl der kommissarischen Regierung.

Berlin, 15. November.

Die preussische Staatsregierung hat in ihrer geistigen Staatsministerkonferenz auf Antrag des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, beschlossen, die große goldene Staatsmedaille Preussens für Verdienste um den Staat Gerhart Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag zu verleihen.

An Kreisen der kommissarischen preussischen Staatsregierung wird der Befehl der Regierung Braun, Gerhart Hauptmann anlässlich seines 70. Geburtstages die Goldene Staatsmedaille zu verleihen als deshalb unverständlich bezeichnet, weil die kommissarische Staatsregierung schon vor längerer Zeit beschlossen habe, Gerhart Hauptmann für seine Verdienste um den Staat die Goldene Staatsmedaille zu verleihen.

Während der Vorstellung beobachtete Maurus Hortene, und es entging ihm nicht, wie sie im Dunkel des Zuschauerraumes häufig nach Herrn von Loop blickte, der einige Parkettreihen höher vor ihnen saß und sich mehrere Male umwandte. In der Pause trat man sich selbstverständlich und Maurus konnte die lebenswürdige, dringliche Bitte des Arztes nicht abschlagen, nach Schluß der Vorstellung noch irgendwo ein Stübchen zusammenzufügen. Man suchte ein elegantes Weinrestaurant auf Reichende Mühlstraße über dem Gasthause der Zeller; lautlos huschten die Kellner hin und her, und gedämpftes Plaudern und Lachen erfüllte den vornehmen gefesteten Raum.

Hortene zeigte sich von ihrer verführerischen Seite. Sie war sehr gut aufgeleitet. Warum aber ihr fortwährendes Temperament heute so gar nicht den Zauber auf Maurus ausübte wie sonst? Kühl und kritisch sah er da, sie beobachtend — wie war er doch totet, berechnend in jedem Blick, jedem Wort, jeder Bewegung! Der große schwarze Wollmantel mit dem schwarzen Hut auf der Schulter, der abhängende Reiter behandelte ihr Gesicht an pittoresken Winkel gab den dunklen Augen erhöhten Glanz, loch es wohl der leichten Unterarmung nicht bedürft hätte. Er sah zum ersten Male ganz deutlich, mit welchem Raffinement sie sich zurechtgemacht hatte, mit einem Raffinement, das gar weit vom Damenballet entfernt war. So viel Kunst war an ihr! Aber das alles war doch schon vorher gemeldet, weshalb hätte es ihn jetzt noch so fesselt, weil sie nach seinem Gefühl von der Unterhaltung um einen Ton zu laut war, der nicht so ganz in dieses normale Total paßte; ihr Tisch war mehrere Male der Gegenstand erhöhter Aufmerksamkeit der anderen Gäste, was ihn peinlich berührte.

Und dann: je mehr er sich der Wahrheit nicht genau! Das war noch zu gelinde gedacht, von einer anderen würde er glatt gelacht haben: sie läßt! Denn aus ihrem Plaudern hörte er allerlei, was mit dem, das sie ihm vorher erzählt hatte, ganz im Widerspruch stand. Und wie sie dem Arztes in Wort und Bild entgegenkam, in förmlich herausfordernder Kollaterale! Sie lächelte großen Eindruck auf ihn

überdrücken. Allerdings stelle der nachträgliche Befehl der Reichsregierung in erfreulicher Weise klar, daß in diesem Falle keine politische Meinungsverschiedenheit besteht.

Die Reichsregierung werde, zugleich im Namen der Reichsminister für Preußen, dem Dichter bei der heutigen Festausführung im Staatlichen Schauspielhaus die Goldene Medaille überreichen.

Satyrspiel um „Hauptmann“-Ehrung

Grimme überreicht Hauptmann Urkunde zur Staatsmedaille.

Berlin, 16. November.

Gestern vormittag um 11 Uhr begab sich der preussische Kultusminister Grimme in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Bracht zu Gerhart Hauptmann und überreichte ihm die Verleihungsurkunde für die Große Preussische Staatsmedaille. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Verleihungsurkunde. Die preussische Staatsregierung hat auf Vorstoß des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einstimmig beschlossen, Deutschen und Preussens großen Sohne Gerhart Hauptmann als Dank für sein Lebenswerk, in dem sich das Recht zum Recht gegen die Gewalt, der Geist gegen Hohn und die Seele gegen alles, was die Seele tödtet, zu seinem 70. Geburtstag die Große Preussische Staatsmedaille für Verdienste um den Staat zu verleihen. Berlin, den 15. November 1932. Das preussische Staatsministerium. Braun, Grimme.“

Gerhart Hauptmann dankte der preussischen Staatsregierung mit bewegten Worten für diese Ehrung.

Die Staatsregierung ist der Meinung, daß sie allein zu einem solchen Höhepunkt berechtigt ist, und daß allenfalls in ihrem Auftrag die kommissarische Regierung die Medaille überreichen könnte. Bei der Feier im Staatlichen Schauspielhaus war die Staatsregierung nicht vertreten.

Erklärung der Kommissarischen Regierung

Hierzu wird aus Kreisen der kommissarischen Staatsregierung erklärt, daß dadurch an der Sachlage und insbesondere an dem Verlauf der offiziellen Feier im Staatlichen Schauspielhaus nichts geändert werde. Die kommissarische Regierung habe in seiner Weise die Absicht, sich in dieser Frage in das Schachmatt der Demonstration zu begeben. Sie könne nur erneut mit Benutzung feststellen, daß in der Frage der Ehrung Gerhart Hauptmanns Einmütigkeit vorhanden ist, die in der Überlieferung der Staatsmedaille bei der Feier im Schauspielhaus zum Ausdruck kommt.

Die Überlieferung werde durch den Reichsminister Dr. Bracht als Vertreter der Reichsregierung erfolgen. Auch an der Überlieferung einer eigenen Verleihungsurkunde durch den Reichsminister habe sich nichts geändert, zumal die von der Regierung Braun überreichte Urkunde nicht das Staatsiegel trage.

... und der Regierung Braun

Dem preussischen Staatsministerium wurde mitgeteilt: Die preussischen Staatsminister nehmen heute an der Festanführung für Gerhart Hauptmann im Staatstheater nicht teil, weil sie es nicht für richtig halten, in das preussische Staatstheater als Gäste der Reichsregierung eine ohne ihre Mitwirkung eingeleitete Aufführung beizuwohnen und Preußen selbst zu repräsentieren, bevor sie in ihre verfassungsmäßigen Ämter und Arbeiten wieder eingeleitet sind.

Die Staatsregierung stellt im übrigen fest, daß die verfassungsmäßige Staatsregierung Preussens in das preussische Staatstheater erst am Sonntag nachmittags eingeladen wurde, nachdem die übrigen Gäste, darunter die ausländischen Missionen und die Vertreter aller anderen deutschen Länder längst ihre Einladung erhalten hatten.

Bei all diesem Hin und Her von Staatshandlungen, Staatsmedaillen, Staatsurkunden und Staatsklärungen ist vor allem zu bemerken, wie äußerst unerföhrlich es ist, daß aus Anlaß der Dichterehrung Hauptmanns es zu diesen bestimmten vermeintlichen Vorgängen kam. Ob sich die maßgebenden und verantwortlichen Herren nicht selber fragen müßten, ob diese beschämende Ehrengleichheit überhaupt notwendig war, und ob es sich nicht vermeiden ließ, die Ehrung des großen deutschen Dichters, der in der Kulturwelt der hervorragende Epochen seines Landes ist, mit dieser Komödie zu belasten?

Baut Eigenheime!

Die Bestimmungen über Reichsbauarbeiten.

Berlin, 16. November.

Am Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist auch die Förderung des Eigenheimbaus

gemacht zu haben, seine Subsidionen waren ja einschuldbar, und es ist offiziell als Verbands des Majors gut, aber sie hätte Rückst auf ihn, Maurus, nehmen und gegen andere Herren zurückzuführen sein müssen!

Merkwürdig, daß er dennoch seine Eierlust hätte. Nur ein großes Staunen war in ihm, daß eine so heilige Leidenschaft ein so allfälliges Ende nehmen — er demnächst durch einen anderen abgelöst würde! Deutlich mit einem leisen Gelächern des Väterlichen, lächelte er es Hortene war ihm innerlich längst entfallen: ach, hatte sie ihm innerlich eigentlich gehört? Nein, niemals! Gar keine letzten Worten, höheren Beziehungen hatte es umhören gesehen — viele Erkenntnis dämmerte in ihm auf. Und nun er ihr langweilig oder allfällig geworden war, freibleibe von ihm fort, einem andern zu!

Widerte er sich das nicht nur ein? Es war doch nichts Großartiges da! Warum durfte Hortene denn nicht lachen und lücheln? Ihre fröhliche Unterhaltungsgabe, ihr Temperament hatten ihn doch früher entzückt und mitfortgerissen, warum wurde er jetzt kleinlich würde sie gelacht haben, heimlich und lieblich? Stillschlief lag ihm keine Krankheit doch noch etwas in den Gliedern, und er war ein wenig müde und angegriffen! Er machte zum Aufbruch, für Hortene zu früh! Sie gab ihm kaum Miße, ihre Vermittlung darüber zu verlieren.

Somit war es selbstverständlich gewesen, daß sie nach gemeinsamem Theater- und Konzertbesuch ihn begleitet hatte, um in seinem gemütlichen Heim noch den Tee zu trinken oder eine Kleinigkeit zu essen! Und die Fahrt im Auto war immer fast das hübscheste gemeldet, er hatte sie fast im Arm gehalten, unter Küßen und Kolen hatten sie ihr Ziel erreicht. Heute lehnte sie verdohlen in einer Ecke des Wagens in ihren Welt gefüllt, ohne einen Verlust der Annäherung und er gewann es nicht über sich, auch nur nach ihrer Hand zu greifen. Merkwürdig, wie kühl ihn heute die Nähe der schönen Frau ließ, die ihm doch sonst das Blut unruhig machen konnte, obwohl er sie solange nicht im Arm gehalten!

(Fortsetzung folgt.)

Was du mir gabst

Roman von Fr. Lehne

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

VIII.

„Ich bin überrascht, Sie zu sehen, Herr von Loop! Ich glaudte Sie auf dem Wege nach Satjburg.“ sagte Hortene. „Nein, Gnädigste, meine Welle hat sich um einige Tage verschoben! Und ich bin froh darüber. So ist mir doch das Glück beschieden. Sie heute abend noch zu begrüßen.“ Mit einem feurigen Handkuß begleitete der elegante Mann seine letzten Worte, während seine Augen mit einem bedrückenden Blick die ihren suchten. „Wollen Sie auch den „Rosenkavalier“ genießen?“

„Ja, Herr von Loop, und ich treue mich auf die Vorstellung!“

Zu seiner Verwunderung schien ihm die schöne Frau, die ihm sonst so freundlich gelächelt, ein wenig zurückhaltend; doch des Rätsels Lösung wurde ihm bald, denn sie trat auf einen großen, schlanken Herrn zu, der sich gerade von dem Vorgesetzten einen Theaterzetteln geben ließ.

„Dante, Maurus, dieser Zufall, Herr von Loop sehe ich heute. Da können die Herren ihre Bekanntschaft vom Felde erneuern.“

Maurus von Amthor wandte sich Hortene zu. „Wirklich nur Zufall?“ mußte er denken und schalt sich im nächsten Augenblick, daß er ihr nicht mehr so ohne weiteres plaudern konnte, und jetzt erst recht nicht, da ihre Augen so blank — als Herr von Loop näher trat und, sich verbeugend, sein Namen nannte.

„Wenn Herr Major sich meiner noch erinnern —?“ Maurus bemerkte sich sehr gut; Anknüpfungspunkte hatte man sofort, und man plauderte angeregt, bis das Glöckchen zum Beginn der Vorstellung erkundete; der Bescheid verstand ein Gespräch zu führen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 17. November 1932.

*** Ergebnis der Kirchenwahlen.** In der am Dienstag nachmittag 4 Uhr im Bürgeraal abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Gemeindefiskus wurden als Gewählte die nachstehenden Gemeindeglieder ermittelt:

- A) Gemeindefiskus als Kollekte:
- Obst Kuhn — Wegdanz
1. Privatmann Rudolf Kuhn
 2. Lehrer Christian Ludwig
 3. Hofmeister Hermann Schröder.
- Siehe Seite 11
4. Zimmermeister Ernst Böner II
- B) als Gemeindevorstand:
- Obst Kuhn — Wegdanz
1. Diakoniker 1. R. Hermann Spieler
 2. Kaufmann Wilhelm Wegdanz
 3. Landwirt Otto Almer (Anhalterstraße)
 4. " Karl Köhler
 5. " Bruno Richter
 6. Tischlermeister Hermann Ludewy
 7. Frau Ida Dake
 8. Arbeiter Carl Böhm
 9. Kantinenfabrikant Gustav Knat
 10. Brieftträger Wilhelm Botta
 11. Gärtnermeister Ermin Hofshausen
 12. Landwirt Richard Haeder
- Siehe Seite 11 — Krüger
13. Kaufmann Ernst Krüger
 14. Kaufmann Wilhelm Felgner
 15. Landwirt Karl Klotz
 16. Landwirt Carl Krüger
 17. Landwirt Hermann Gärner
 18. Arbeiter Otto Braunsdorf
 19. Landwirt Wilhelm Schmidt
 20. Bauunternehmer Gotthob Jensch

Die Amtstätigkeit der neuen kirchlichen Körperschaften beginnt mit dem Anfang des Jahres 1933. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime des Gemeindefiskus.

*** Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.** Rings um Deutschland ruhen fast zwei Millionen Geblende des Weltkrieges in fremder Erde. Es seien für ihr Vaterland in Treue zu vergangenen Geschickern, in Pflichterfüllung gegen ihr un sein Dasein ringendes Volk und für die künftigen Generationen. Sie schämen draußen und erwarten, daß wir Junge und Alte für die sie starben, auch unsere Pflicht tun. Selbstverständliche Dankarbeit fordert von uns, ihnen die fremde Erde zu einem Stück Vaterland zu machen. Ehre und Ansehen des deutschen Volkes verlangen gebieterisch würdige Ansehens für diejenigen, die alles dahingabden für ihr Volk. Die künftigen Geschlechter erwarten von uns, daß wir ihre Ehrenpflicht erfüllen. Dieses ist noch zu tun, bis dieses Ziel erreicht ist. Wenn man auf Straßen und Plätzen und in den Häusern vom V. D. K. für den Ausbau unserer Kriegsgräberstätten im Ausland gesammelt wird, hat jeder Gelegenheit, durch die Tat mitzuwirken, indem er sein Scherlein beiträgt. Sage keiner, wir hätten keine Zeit, an die Gefallenen des Krieges zu denken, oder die immer größer werdende wirtschaftliche Not lasse nichts für die Toten erübrigen. Gerade in Notzeiten kommt der einzelne, kommt ein Volk zur Befahrung und zu Verhängnis für höhere, heilige Güter. Pflegt Ihr etwa nicht jahraus, jahrein die Gräber Eurer Lieben daheim? Dann merket Ihr auch einmal im Jahre eine Gräbe übrig haben für die zwei Millionen, die in dem größten aller Kriege für Deutschland gestorben sind! Darum ehrt und opfert, denn ihrer sind viele.

*** Wer Schmutzfräse oder kleine Dämme oder Strücker, ganz gleich, ob sie aus einem staatlichen kommunalen oder Privatgrundstück stammen, befördert, selbstbet oder verarbeitet, hat den rechtmäßigen Erwerb nachweisen können und zu diesem Zweck einen Verabfolgungsschein der Fortverwaltung oder eine schriftliche Verkaufsbestätigung des Erzeugers vorweisen. Die in Frage kommenden Händler werden auf Beachtung der entsprechenden Polizeiverordnung mit dem Vermerk aufmerksam gemacht, daß die Polizeibeamten mit entsprechenden Kontrollen beauftragt sind.**

*** Präsident Dr. Gercke** Ehrenvorsitzender des Landgemeindevorstandes der Provinz Sachsen. Anlässlich des jährlichen Festes des Verbandes der Preussischen Landgemeinden ist auf Beschluß des Landgemeindevorstandes der Provinz Sachsen der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden Landrat a. D. Dr. Dr. Gercke-Bressel, M. d. B. M., wegen seiner Verdienste um die Organisation in seiner Heimatprovinz zum Ehrenvorsitzenden des Provinzialverbandes ernannt worden.

*** Gedächtnis.** Am Sonntag, dem 13. November fand im Hotel „Zur Volk“ in Bad Pressig (Eise) von 16 Uhr ab die Beerdigung zwecks Gedächtnis eines Gedächtnisses zur Erinnerung an das Gedächtnis eines Gedächtnisses 1759 statt, zu der eine stattliche Anzahl von geladenen Herren aus den Städten und Dörfern des Gesichtes zusammen gekommen waren. Der Einbürger Oberleutnant a. D. Borchers begrüßte die Erschienenen und gab einen Ueberblick über das Gesicht, wie es bereits im Wittenberger Tageblatt vom 29. Oktober 1932 getan hatte. Er betonte, daß die Beerdigung „Gesicht bei Pressig“ historisch ist. Anschließend machte er die Anregung, auf dem Solmer Weingebirge, als dem weiten seiner fünfzig natürlichen Lage geeigneten Mittelpunkt des Gesichtes, einen Erinnerungstein zu errichten. Dieses Denkmal solle der unwürdigen Natur auf dem Solmer Weingebirge entsprechend eine einfache Form haben. Ein Gedächtnisstein aus Granit, der bereits vom Staatsforst mit 1/2 cfm Inhalt zu diesem Zwecke erworben sei, solle auf einem Solmer Weingebirge errichtet werden. Ringsherum solle ein etwa 10 m Durchmesser umfassender Kranz von einzelnen Findlingen in den Himmelsrichtungen gegen den Abgang bilden, sodaß der Denkmalplatz einen altertümlichen Eindruck macht. An

dem Gedächtnis soll lediglich eine eingemauerte Datumschrift mit 2 gekreuzten Schwertern den Sinn des Steines kund tun. Diefem Vorschlage, der denkbar wenig Unkosten verursacht, aber dem Zwecke voll entspricht, wurde einstimmig zugestimmt. Es wurde weiter angeregt, daß die im Gesichtesgelände im Dreieck Pressig-Schneeberg-Remberg liegenden Städte und Dörfer Findlingssteine aus ihren Gemartungen kostenlos auf dem Solmer Weingebirge anfahren möchten. Jeder Ort müsse seinen Ertrag darin legen, daß mindestens ein größerer Stein zum Denkmal bezw. zum Steinkreis um das Denkmal aus seiner Gemartung Verbrennung fände. Die Steine sollen umgeben auf den Berg kostenlos angefahren werden, wo sie nach Anweisung des Herrn Borchers, Besitzer des Weingebirges, auf dem Denkmalplatz abgeladen werden. Für die örtlichen Kriegervereine, Stahlhelm und andere Vereine ermächtigt damit die Grenzpflicht, sich lediglich der Sache anzunehmen! Um die allgemein freudig aufgenommenen Anregung vorwärts zu bringen, wurde ein engerer Arbeitsausschuß gebildet, der aus folgenden Herren besteht: Borchers, Bürgermeister Rosenberger, Kugler, Weddig, Brunzel, Beder aus Pressig, Kufel und Richter aus Werchowig, Abdel aus Ogeln. Ein erweiterter Ausschuß soll gebildet werden aus je 1 Vertreter der Städte Bad Schneeberg und Remberg und sämtlicher im Gesichtesgelände liegenden Dörfer. Die Finanzierung, die im ganzen mit etwa 100 RM überschlagen wird, ist leicht möglich. Die Sache soll im Sommer 1933 dem Denkmal stehen. Zu diesem Zwecke wird bereits am Sonntag, dem 27. November, um 14 Uhr auf dem Solmer Weingebirge eine Sitzung des engeren Arbeitsausschusses stattfinden, zu der auch andere Jurist haben. Nun frisch ans Werk, jeder der mithelfen will, ist willkommen!

Dünen. Die Straße Leipzig—Berlin wird voraussichtlich spätestens im kommenden Frühjahr in ihrem letzten Rest Tornau-Dünen fertiggestellt. Der Wunsch des Magistrats geht dahin, die Kolonie Hammernmühle möglichst umgeben, während die jetzige Lage für die Provinz, die die Straße baut, erheblich billiger sein wird. Die Notizen der Nachbarzeitungen, die die Umgehung bereits als Tatsache darstellen, laufen einflussreich den Dingen noch voraus. Die Verhandlungen sind noch keineswegs abgeschlossen. Gänzlich abwegig sind aber die Spekulationen auf eine Umgehung der Stadt im Zuge Schwarzer Berg—Mübe. Im Interesse aller Gewerbetreibenden, namentlich aber des Gattungsgerwerbes, wird der Magistrat alles in Bewegung setzen, um eine Umgehung der Stadt zu vermeiden.

Gräberhändlern. Eine schwachsinige Frau wurde gestern morgen in der Schulstraße auf dem Baumstürentritt gegen von Herrn Otto Voole aufgefunden. Selbige konnte über ihre Person keine Auskunft geben; erst durch einen bei ihr gefundenen Brief wurde festgestellt, daß es eine Frau Martha Lude aus Anhalt bei Remberg ist, die bereits am 2. November nach einer Operation aus dem Bitterfelder Krankenhaus entlassen wurde. Ueber ihren Verbleib in der Zwischenzeit konnte nichts Näheres festgestellt werden. Die etwa 40jährige Frau wurde zunächst in dem hiesigen Krankenhaus untergebracht.

Zeit. (Abq. an die „Parlamentarier“.) Auf einem Wahlscheitelfand sich folgende Abfrage an die Parlamentarier: „Vor der Wahl ist alles ganz schene.“ Es blüht uns jeder auf die Beine; Amer' Schärer merkte, mei' Kiewer; De Parlamentarier sin große Schamer.“

Warum Anhalt den Schuldirektor wieder einführt
Besatz. Zur Wiedereinführung des Schuldirektors in Anhalt wird vom Staatsministerium noch erklart: Die neue Dienstverfassung habe benutzt Gebanten aus der entsprechenden Verfügung für das höhere Schulwesen übernommen. Der Weg von der kollegialen Schulleitung mit der Wahl des Leiters durch den Lehrkörper zu der praktischen Handhabung in den letzten Jahren zeige deutlich die Entwicklung in der Richtung der

Stärkung der leitenden Stellung.
Der Rektor bleibe der Arbeitsgemeinschaft des Lehrkörpers angegliedert. Den Lehrern steht das sehr weitgehende Konferenzrecht zu. Sie haben ein Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der gemeinsamen Schularbeit, bei der Aufstellung des Schuletats, in Fragen der Schulzeit und Schulordnung, in den Beziehungen zum Elternhaus. Die auf Grund dieser gemeinsamen Beratungen zu treffenden Anordnungen erläßt der Rektor. Was mit dieser Dienstverfassung also unternommen werde, sei der Verfassung, Führer und Mitarbeiter in das rechte Verhältnis zu setzen. Die neue Dienstverfassung soll vom 1. April 1933 ab in Kraft treten. Die Ernennungen der Rektoren werden förmlich von diesem Termin erst dann Fall zu Fall erfolgen. Bis zur endgültigen Umstellung werden die jetzigen Schuldirektor ihr Amt im Sinne der neuen Vorschriften weiter versehen.

Curtius Bürgermeister will nach Wlanenburg.
Wlanenburg (Gaz). Um den hiesigen Bürgermeisterposten haben sich mit Ablauf der Weidestritt 70 Herren beworben. Unter den Bewerbern befindet sich auch der durch die Maßnahmen des oberbürgerlichen Regierungspräsidenten beabsichtigende Bürgermeister Dr. Curtius. Curtius hat die Wahl erhalten. Dr. Curtius hat Beziehungen zu Wlanenburg.

Erzruer Ausgehende in Halle.
Halle. Die Erzruer Arbeiterbesetzung veranfaßt gegenwärtig auf Einladung des Ausgehenderbeirats zu Halle in den Räumen der ehemaligen Garnisonkirche zu Halle eine Ausstellung ihrer Arbeiten, die von der außerordentlich vielseitigen Betätigung des Erzruer Arbeiteres Zeugnis ablegt. Getriebene und geschämmerte Schloßerei, Gebrauchsgüter und Textilarbeiten sind vertreten. Außerdem werden Zeichnungen und angeordnete Plakate (Friedhofskunst) gezeigt. Die Ausstellung soll bis zum 4. Dezember geöffnet sein.

Halle. Im Bundesheim des GdL wurde das zwölftägige Gründungsjubiläum des Verbandes mit einem feierlichen Fest begangen. Im Mittelpunkt der Feier stand eine Rede des politischen Referenten des GdL, Max John, über „Die geistige Grundlage der GdL-Arbeit“.

vorgelesen. Die Reichsregierung will mit dieser Aktion den gelunden Zug zum Eigenheim vorwärtsstreben. Durch die Bereitstellung von Reichsbauarbeiten soll den Bauwilligen der Eigenbetrag zugeführt werden, der ihnen für die Inangriffnahme ihres Baues vielfach fehlt; damit wird die Bauwirtschaft belebt und zugleich den im Sparfrumpf stehenden Kapitalien eine sichere Anlagemöglichkeit geschaffen. Die Reichsregierung will in den Haushalt der Reichsanstalt 1933 und 1934 20 Millionen Mark einheben, aus denen kleine Hypotheken für Eigenheime gegeben werden sollen. Berücksichtigt werden nur Bewerber, die Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 v. H. des Bau- und Bodenwertes nachweisen können.

Für die Förderung kommen bestehende Eigenheime in Betracht, die auch eine zweite Wohnung enthalten dürfen. Die Baukosten der Häuser ohne Wert des Grundstücks sollen in der Regel zwischen 4000 und 6000 Mark liegen. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung ist aber auch die Berücksichtigung von Häusern im Bauwerte bis zu höchstens 10 000 Mark und, falls eine zweite Wohnung eingebaut ist, bis zu 12 000 Mark nicht ausgeschlossen.

Die Reichsbauarbeiten dürfen im allgemeinen 1500 Mk. nicht übersteigen; in besonderen Fällen können sie bis zu 2000 Mark betragen; wenn eine zweite Wohnung eingebaut ist, können sie bis zu 3000 Mk. erhöht werden.

In keinem Falle jedoch darf das Reichsbauarbeiten 25 v. H. des Bau- und Bodenwertes übersteigen. Nur Kinderreiche können eine besondere Berücksichtigung, indem ihnen ein Zuschlag bis zum Betrage von 500 Mark außerhalb dieser Grenze gewährt werden darf. Wird das Reichsbauarbeiten innerhalb der Rangliste eingetragen, in der im allgemeinen die 1. Hypotheken stehen, so sind 4 v. H. Zinsen zu zahlen. Steht das Darlehen ganz oder teilweise außerhalb dieser Rangliste, so besaßt sich der Zinsfuß auf fünf vom Hundert. Daneben ist in beiden Fällen eine Tilgung von 1 v. H. und eine laufende Verwaltungsgelöhre von 1/2 v. H. jährlich zu entrichten.

Die Durchführung der ganzen Aktion ist den Ländern überlassen.

Anträge der Bauwilligen sind also an die obersten Landesbehörden oder an die von diesen bestimmten Stellen, nicht dagegen an die Reichsregierung zu richten. Die Auszahlung findet in jedem Falle erst nach Fertigstellung des Baues statt.

Bei der zu erwartenden Nachfrage nach den Reichsbauarbeiten empfiehlt es sich, die Gesuche bald einzureichen. Beworbenen, die am 1. April 1933 in Angriff genommen werden sollen, können einwirken nicht berücksichtigt werden.

Die Saar wählt deutsch

Das tägliche Fiasco der Französlinge.

Saarbrücken, 15. November.

Die Gemeinde- und Kreisstagswahlen im Saargebiet zeigen in auffallender Weise ein Wachen der nationalsozialistischen Mandate. Die Nationalsozialisten sind seit der letzten Kreisstagswahl, wo sie in allen Kreisen zusammen 7 Siege eroberten und zum größten Teile überhaupt keine Liste aufgestellt hatten, auf 23 Siege angestiegen. Oben in die Augen fallend ist das Anwachsen der kommunistischen Siege. Von 21 Mandaten bei der letzten Kreisstagswahl sind die Kommunisten heute auf 58 Mandate angestiegen. In einem gewissen Ausmaß dazu sind die Mandate der Sozialdemokratischen Partei von 46 bei den letzten Wahlen auf 29 gefallen und die der Deutsch-Saarländischen Volkspartei (vereinigte Volkspartei und Liberale) von 30 Siegen auf 14 gekunten. So gut wie unverändert geblieben sind wie immer die Siege des Zentrums. Während diese Partei bei den vorigen Gemeindevahlen 114 Siege innehatte, verfügt sie jetzt über 115 Siege.

Von den in etwa 12 Orten aufgestellten Kandidaten der (separatistischen) Unabhängigen Bürger- und Bauern-Partei sind im ganzen nur 7 Kandidaten in kleinen Gemeinden zum Ziele gelangt. Sie haben insgesamt noch nicht 1500 Stimmen erhalten, denen in den Gemeinden etwa 30 000 Stimmen der deutschen Parteien gegenüberstehen.

Es ist dabei zu bedenken, daß diese Partei weiter nichts als den „Saarbund“ unüblichen Angebendens in gestarpter Form darstellt. Die Ergebnisse der Wahlen haben klar bewiesen, daß die Befestigung des Saargebietes das Streben der hinter dem „Saarbund“ stehenden Kreise eindeutig ablehnt.

Dieses Wahlergebnis zeigt, wie nicht anders zu erwarten war, wieder einmal ein glänzendes Zeugnis der Saarbevölkerung zum deutschen Gedanken.

Man kann auch nach diesem jämmerlichen Zusammenbruch der Franzosen und ihrer wenigen Freunde wie bisher mit aller Ruhe und selbstverständlichen Zuversicht der kommenden Volksstimmung für die Rückgliederung des Saargebietes entgegensehen. Wenn es auch für uns Deutsche keines erneuten Beweises für die saarländische Treue bedürfte, so ist für die Welt doch das Fiasco Frankreichs von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Roosevelt kommt zu Hoover

... aber er legt sich in seiner Form fest.

Newport, 16. November.

Der neugewählte amerikanische Präsident Roosevelt wird der Einladung Hoovers zu einer Aussprache über das Schuldensystem Folge leisten. Er hat aber an die Annahme der Einladung Bedingungen geknüpft, die zeigen, daß er nicht geneigt ist, Hoover und seiner noch fungierenden Regierung die Verantwortung für die notwendigen Schritte in dieser Frage tragen zu lassen, und daß er nicht willens ist, sich, noch bevor er selbst in das Amt und in die Verantwortung gezogen ist, für seine Person und für seine Partei festzuhalten. Er will der Aussprache einen rein persönlichen-informatorischen Charakter geben.

Dadurch wird eine entscheidende Aktion der Regierung unmöglich, die die Schuldnoten der europäischen Staaten wiederum mit ihnen befallen dürfte. Hoover hofft, diese parlamentarische Aktion zu vorbereiten zu können, daß sie einen überparteilichen Charakter tragen würde, und daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten die sich aus der finanziellen Unfähigkeit der Schuldnerstaaten ergeben, Hararellt und ausgenutzt werden.

Fahrerliche Tötung nicht erwiesen.

Nordhausen. Ein Fleischer aus Niederjochwerrn war an einem Sommerabend mit seinem unbedeutenden Gefährt auf der Landstraße entlanggefahren. Wäh- lich fuhr ein Motorabfahrer von hinten gegen ihn. Die- seltige Kollision und verletzte sich so schwer, daß er bald dar- auf verstarb. Das Schöffengericht sprach nunmehr den Fleischer von der Anklage der fahrerlichen Tötung frei. Es war der Ansicht, daß man von der gefehligen Vorkehrung ausgehen müsse, nach der eine Stunde nach Sonnenunter- gang mit Licht gefahren werden müsse. Da sich aber der Unfall eine halbe Stunde früher zutrug, und es an dem betreffenden Abend auch nicht besonders dunkel war, nahm das Gericht an, daß der unbedeutende Leiterwagen nicht die Ursache zu dem tödlichen Unfall war.

Sptha (Mansfelder Gebirgskreis). Dem Pfarr- haus hatten Einbrecher nachts einen Besuch ab. Nach Zerschneiden der Telefonleitung gingen sie mit einem Gebläse dem Geldschrank zu Leibe. Als die Hausbewohner durch das Geräusch des Apparates erwaachten und Alarm schlugen, entfernten sich die Einbrecher unerkannt.

Ermsleben (Mansf. Gebirgskreis). Aus dem Teich des Kalkwerkes wurde die 17jährige A. Große als Leiche geborgen.

Wischeleben. Das 100jährige Subellert be- ging am Sonntagabend im Sonntag unter zahlreicher Belei- tung der Behörden und der Einwohnerlichkeit der Män- nergesangsverein „Eunere“. Ein großangelegtes Festessen leierte die Feiern ein. Bei dem Festakt am Sonntag hielt Gauhehormeister Göhrke aus Könnern die Feste- rede, während Bundespräsident, Oberbürgermeister Dr. Weder, die Worte der neuen Jahre vornahm. Die preisliche Anerkennung ließ die „Goldene Felle-Malette“ überreichen, und der Oberpräsident der Provinz Sachsen sandte herrliche Glückwünsche. Das Fest nahm einen über- aus imponanten Verlauf.

Zuchthaus für gewissenlosen Anspitzer.
Halberstadt. Das Ermeitere Schöffengericht verurteilte den Heilkundigen Gehrmann aus Halberstadt wegen Betruges zu zwei Jahren Zuchthaus, 1500 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust. Er war beschuldigt, einer Frau die Heilung vom Krebsleiden ohne Zahlung Honorars von 1500 Mark versprochen zu haben. Die Frau, nach Schweißblutergüssen bereits dem Tode geweiht, wurde von dem Heilkundigen mit änderer Flüssig- keit behandelt und ist in der Zeit der Behandlung gestor- ben. Von dem Honorar sind 450 Mark bezahlt worden, während wegen des Restes eine Zivilklage schwebt. Wie die Tochter der Verstorbenen auslegte, habe der Angeklagte erklärt, daß schon binnen zehn Tagen eine Besserung ein- treten würde. Der Verurteilte wurde sofort in Haft abge- führt.

Wanzleben. Von einem Kraftwagen über- fahren wurde der Radfahrer Kaufmann Hans Weber aus Magdeburg in der Nähe von Wanzleben. Der Verur- tigte wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er am Montag früh seine schweren Verletzungen erlag.

Köhlerfelde (Altmark). Der Pferdeknacht Junge, der unter der Anklage stand, den Brand auf dem Gute Kautenschlager dadurch fahrerlich verursacht zu haben, daß er im Stall eine brennende Laterne zurückgelassen hatte, wurde vom Schöffengericht in Stendal auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, da die Beweisaufnahme seine Unschuld ergab. Bei dem Brand waren zwei Ställe in Flammen aufgegangen.

Selbstmordtragödie einer Schwester

Berlin, 16. November.

Aus Gram über den Tod des Milchpeters der deut- lichen Schuljahrhinter, Professor Dr. Ritter - Berlin ver- übte die bei dem Verstorbenen tätig gemene Krankens- chwestern Ele Berger Selbstmord. Der Sohn Ritters fand sie in ihrem Zimmer im Laboratorium mit dem Gas- schlauch im Mund tot auf. Ele Berger, die aus Süddeutsch- land stammt, hatte Professor Ritter, der durch ein Zucker- leiden an das Bett gefesselt war, mit großer Aufopferung gepflegt. Als ihr Patient dennoch starb, war sie untröstlich und zog sich völlig zurück, um schließlich ihrem Leben frei- willig ein Ende zu setzen.

Deutschlands erstes Luftfahrtmuseum

In Berlin eröffnet.

Berlin, 16. November.

Auf dem Fluggelände in Berlin-Johannisthal wurde von Oberbürgermeister Dr. Gahn das Luftfahrtmuseum der Stadt Berlin das erste der Art, eröffnet. Das Mu- seum birgt Stücke aus den ersten Jahren der Fluggeschichte, zum Teil im Original, zum Teil in Modellen, ferner Silber und Modelle von Luftschiffen und Luftschiffen von Zep- pelin, Schütte-Lanz, Barchin und Siemens-Schuckert. Auch ein Kriegsflugzeugen ist eine Reihe von Firmen vertreten und selbst ererbte Flugzeuge sind zu sehen.

In einem besonderen Raum im 1. Stock befindet sich ein Ehrenraum, der der deutschen Luftfahrt gewidmet ist, und Silber verschiedener alter verdienstvoller Piloten und Konstrukteure zeigt.

Unreife Nadelhölzer im Winter

Wenn im Laufe des Winters viele Nadelhölzer in un- sere Gärten braun werden und eingehen, dann glaubt man, sie seien erfroren. Diese Annahme ist jedoch vielfach nicht richtig, infordern der Grund ist ein anderer. Nadelhölzer ver-

dunsten auch im Winter sehr viel Feuchttreil. Sieht ihnen diese nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung, dann gehen sie ein. Es ist deshalb notwendig, die Nadelhölzer im Herbst richtig zu wässern. Man macht zu diesem Zweck um jede Pflanze große Gießränder und füllt diese wiederholt mit Wasser. Ein Abdecken der Gießränder mit Stroh- mist ist den Koniferen sehr dienlich, weil dadurch das Einfrieren des Bodens verhindert und gleichzeitig eine Düngung ge- geben wird. Um übrigens aber sich zu rechtliche Stiefküh- lung nicht raufen, denn Stiefkühfrost fördert durch die Frost- empfindlichkeit. Wäre die Stiefkühfrost für die Nadel- hölzer ausschlaggebend, dann könnte es nicht möglich sein, daß viele sich oft trotz dichten Standes zu Prachtexemplaren entwickeln, ohne daß jahrzehntelange Stiefkühfrost in irgend- welcher Form gegeben wurde. Hier ist es vielmehr der reiche Kaltehalt der Nadelhölzer, der ihre ausgeprägte kräftige Färbung und das gute Wachstum veranlaßt. Also sollte man den Nadelhölzern Stiefkühfrost nur in Form von etwas Stroh- mist zum Abdecken der Gießränder, im übrigen mehr Raif geben. Holzajge mit ihrem hohen Kaltehalt wird von ihnen sehr gern aufgenommen. Bei starkem Schneefall müssen die Nadelhölzer von der Schneelast befreit werden, um ein Bre- chen der Zweige zu verhindern. Man legt zu diesem Zweck eine lange Stange bereit und schüttelt damit den Schnee von den Zweigen.

Sorgen mancher Mütter.

Die kleine Gretel kommt ganz erlaucht zur Mutter in die Wädhliche gekauert und sagt: „Mutter, beunruhigt bei Kon- sumer Schlaffude gemacht? Der ganze Boden liegt voll Federn! Da ist wohl unser Wapp drin gewesen!“

Das ist ordentlich späßig, da gehe ich gleich wieder hin! Wenn ich purre, fliegen so viele Federn um mich rum. Die Mutter seufzend: „Mein mein Liebes Kind, da ist leider unter Inletz entzwei- gegangen, weißt doch, daß Vater keine Arbeit hat, und uns von dem wenig Geld nicht übrig bleibt und wir nichts kaufen können, es ist schon recht unruhig geworden.“ Das Kind trüben: „Komm Mutter, ich zeige dir mit aufgeben.“ Da hat Gretel Schenkel und Befeh bereut und hängt an aufzugeben, jedoch auch ihre Mutter laden muß. Aber nicht lange, so wird sie wieder an ihre Sorgen erinnert, da ihre Schwägerin mit einer Gardine in der Tür steht und ihr zuruft: „Was meinst Du wohl, Kartha, ob ich diese Gar- dine noch einmal waschen kann?“ Sie ist schon recht von der Sonne verbrannt und das Waschen noch einmal ausfällt, ich könnte mir nicht gleich wieder eine kaufen!“

Bei den letzten Worten tritt Gretels Vater in die Tür und ruft: „Kinder, eine Überraschung, mein leger Meister hat mich wieder angeheilt!“

Und ganz erlaut ruft die Mutter aus: „Na also, hoffen wir das Beste!“

Zu der Schwägerin gemendet: „Du, wach Deine Gardine und wasch sie in den Rest, werde daraus was es wird, hapf auch schon öfters aus der Welt gekauert. — Verden schon sorgen, io eine Gardine kostet ja nicht alle Welt!“

Deffentliche Berdingung

von Tischlerarbeiten in der Kirche zu Kemberg.

Die Angebote sind bis Montag, dem 21. November 1932, vor- mittags 11 Uhr, dem Preußischen Hochbauamt Wittenberg, Dessauer Straße 122a, einzureichen.

Die Ausschreibung vom 26. Oktober 1932 ist aufgehoben. Die Berdingungsunterlagen liegen beim Preußischen Hochbauamt zur Einsicht aus. Angebotsvorbeurde werden dort, soweit der Vorrat reicht, gegen 0,80 RM abgegeben.

Zuschlagsfrist 3 Wochen

Wittenberg, den 14. November 1932.

Preußisches Hochbauamt.

Zum Totensonntag

empfehle in reicher Auswahl

künstliche Blumen

in Papier und Wachs sowie sämtliche

Bindereibedarfsartikel

zu billigen Preisen.

Richard Arnold :: Kemberg

Markt 3

Vorteilhafte Bezugsquelle für Gärtnereien und Wiederverkäufer.

Harzer Grüne Bühnen-Lotterie

Ziehung unwiderruflich am 29. November Einzellos 50 Pfg. Doppellos 1.— Mt.

Gewinnplan:

- 2 Hauptgewinne 1 Automobil oder 1 Wochenendhaus im Werte von je RM 4000
- 2 Gewinne 1 Speisezimmer oder 1 Motorrad im Werte von je RM 1000
- 2 Gewinne Herrenzimmer, Schlafzimmer, Leichtmotorräder im Werte von je RM 500
- 4 Gewinne Radio-Apparate, Kücheneinrichtung oder Gutfchein im Werte von je RM 250

Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über RM 2 mit 90% in barem Gelde Lofe zu haben bei

Richard Arnold :: Buchhandlung :: Kemberg Leipziger Straße und Markt



Tonfilm - Schützenhaus
— Kemberg —

Sonnabend und Totensonntag 1/9 Uhr

Die langersehnte Gross-Premiere des ersten historischen Langser-Tonfilms! Ein Film, der Erinnerungen an die alte Zeit weckt, ein Stück Weltgeschichte wieder hervor- zaubert und einen Lebensgang schildert, der rein menschlich interessiert, packt und ergreift!

LIL DAGOVER als Elisabeth von Desterreich

Der Leidensweg einer unglücklichen Kaiserin. Die schönste und edelste Frau, die je eine Krone trug. Ein Fransensckicksal von der Vermählung mit Kaiser Franz Joseph (1854) bis zur Ermordung durch den Anarchisten Lujo Luccheni in Genf im Jahre 1898.

Lil Dagover verkörpert prachtvoll die Kaiserin Elisabeth, die schöne Fürstin Zeit, diese feinfühlig Romantikerin — ihren Leidensweg bis zur höchsten Tragik, bis zum Liebestod ihres Sohnes, des Kronprinzen Rudolf, dem Geheimnis von Mayerling

Hierzu grosses Vorprogramm! Niemand versäume dieses Ereignis!

Saure Gurken verkauft Hermann Dietrich, Weinbergstraße 22

Zahn-Atelier Fr. Genzel Dentist

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgame Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unechten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne. Reparaturen werden schnell- stens ausgeführt.

Empfehle von morgen 5 Uhr ab frisches Schweinefleisch sowie frische hausgeschlachte Wack Alfred Bachmann Leipziger Straße 37

Lenatol best. Messingputzmittel erhältlich bei R. Arnold, Markt

Küchenkanten

Für die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit übermittelten Gratulationen und Geschenke danken allen recht herzlich. Friedrich Knappe und Frau Marie geb. Neumann. Merkwitz, den 15. November 1932.

Sammellassen empfiehlt in allen Preislagen Richard Arnold

M.-T.-V. Heute Donnerstag, den 17. November, abends 1/9 Uhr bei Ernst Radmann Verammlung Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand empfiehlt in reicher Auswahl Richard Arnold.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die beispaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die beispaltene Reklamazeile 40 Pfg., Anzeigenzeile 30 Pfg., für die Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbepreise unentgeltlich geschrieben oder durch Fernschreiber ausgegebene Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 135

Dienstag, den 15. November 1932

34. Jahrg

Länder und Reich

Finanz- und Verfassungsfragen.

Berlin, 14. November.

Die Beratung der Finanzfragen in den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats nahm den ganzen Sonnabendvormittag in Anspruch. Eine Mitteilung über das Ergebnis der Beratungen ist erst zugleich mit einem Communiqué über die weiteren Beratungen des Verfassungsausschusses zu erwarten.

Ferner fanden verschiedene Besprechungen zwischen dem Reichsinnenminister von Gahl und Landesverretern sowie zwischen Vertretern der Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über die Beilegung des Konfliktes Preußen—Reich statt. Es ist dabei noch nicht gelungen, eine Lösung dieser Frage zu finden, die alle Teile befriedigt.

Die wichtigsten Länder hatten für die Sitzung des Verfassungsausschusses eine gemeinsame Entschließung vorbereitet. Die Reichsregierung trat vor ihrer endgültigen Stellungnahme im Reichsrat noch einmal zu einer Kabinettsitzung zusammen.

Einigung der arbeitswilligen Parteien

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht einen längeren Artikel des Reichsstaatspräsidenten Raab-Blindens zu den bevorstehenden Parteiführerbesprechungen beim Reichstanzler. Es gelte, der Gefahr vorzubeugen, daß sich das Spiel vom September wiederholt. Die arbeitswilligen Parteien, die ein Interesse am Bestand einer Volksvertretung haben, dürfen sich nicht durch Sonderverhandlungen mit der Regierung gegeneinander ausspielen lassen, sondern müßten zunächst unter sich eine gemeinsame Plattform finden und erst von dieser aus mit der Regierung verhandeln. Gehe das nicht über nicht rechtig, dann hätten die Parteien selbst verhandelt und seien mitschuldig, wenn die Gewalt über das Reich triumphierte.

Noch keine Koalitionsverhandlungen in Preußen

Die Verhandlungen über die Neubildung der preussischen Regierung zwischen der nationalsozialistischen und der Zentrumspartei des Preussischen Landtags waren im September auf Wunsch der Nationalsozialisten unterbrochen worden und sollten nach dem 6. November, also nachdem das Wahlergebnis für den Reichstag feststand, wieder aufgenommen werden. Bisher ist jedoch noch kein Schritt unternommen worden, um die Koalitionsverhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Es ist anzunehmen, daß die Nationalsozialisten zunächst eine Stärkung der politischen Lage im Reich herbeiführen wollen, ehe sie neue Verhandlungen in Preußen aufnehmen.

Da sich einmünden noch nicht überlegen läßt, wann der Landtag die Wahl des neuen Ministerpräsidenten wird vornehmen können, so hat Präsident Kerrl bei der Einberufung des Landtags auf Donnerstag, den 24. November, nachmittags 1 Uhr, auch noch keine Tagesordnung bekanntgegeben.

Briefwechsel zwischen Braun und Hindenburg

Der preussische Ministerpräsident Braun, der auch an der Reichsratsitzung am Sonnabend teilnahm, hat ein längeres Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, worin er sich gegen den gemeldeten Beamtenstreik in Preußen verwarhte. Die seit dem 20. Juli vorgenommenen umfangreichen personellen Veränderungen hätten die preussische Verwaltung in ihren Grundlagen erschüttert.

Es handelte sich bei den davon betroffenen Beamten vornehmlich gerade um besonders wertvolle und tüchtige Kräfte, die mehr als ein Vierteljahrhundert, teilweise noch länger, dem Beamtenkörper Preußens dem Reich angehört, in Krieg und Frieden ihren Mann gestanden und sich in jeder Hinsicht aufs vorzüglichste bewährt hätten.

Der Grund für die Maßnahmen liege bei dem größten Teil ganz offensichtlich in der politischen Einstellung oder in der funktionellen Zugehörigkeit der Beamten. Als besondere Kränkung hätten es diese Beamten empfinden müssen, daß in den Schreiben des Reichsministers, in denen ihnen ihre Verletzung in den einseitigen Rubelstand mitgeteilt wurde, Verleumdung aller sonstigen Eigenschaften nicht ein Wort des Dankes und der Anerkennung für ihre langjährige Tätigkeit enthalten gewesen sei. Die Reichsminister hätten es weiter zum mindesten gebühdert, daß die ihnen nachstehenden Zeitungen stets von einer „Säuberung des Beamtenkörpers in Preußen“ sprechen dürften.

Reichspräsident von Hindenburg hat auf dieses Schreiben des Ministerpräsidenten geantwortet und darauf hingewiesen, daß im Urteil des Staatsgerichtshofes die Reichsbeamten mit der Befugnis ausgestattet seien, preussische Rubelstand zu verlassen.

Ueber den Verlauf der Reichsratsberatungen wird amtlich geteilt: „An der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats wurde zunächst die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden besprochen. Der Reichsfinanzminister, Graf Schönerl-Kroßigk, gab dazu einen Ueberblick über die Finanzlage im Reich. Danach rednet er mit einem

Ausfall bei den Steuern und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700 bis 800 Millionen RM., von denen etwa 400 Millionen das Reich, der Rest die Länder treffen.

Außerdem legte der Minister den Schuldenstand des Reiches und die Verpflichtung des Reiches aus Garantien usw. dar. Die Länder machten ihre bekannten Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reiches an die Länder aus der Einkommenabfindung, Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer, und schließlich gleichzeitiges Vorgehen des Reiches und der Länder bei der Ergreifung von Sparmaßnahmen. Der Reichsminister der Finanzen legte zu, diese Forderungen der Länder innerhalb der Reichsregierung zu beprehen.

An der Nachmittagsitzung gab der Reichsminister des Innern Freiherr von Gahl einen Ueberblick über die Pläne zur Reichsreform, wobei er betonte, daß diese Pläne in enger Fühlungnahme mit den Ländern weiter bearbeitet werden sollen. Hieran schloß sich eine ausführliche Aussprache. Abschließend lasen die Vereinigten Ausschüsse folgende

Entschließung

die dem Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt werden wird:

1. Die Maßnahmen des Reichs vom 29. und 30. Oktober 1932 gehen über die Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Rechtsbehinderte dieser Anordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und weitreichende Besserung im bisherigen verfassungsmäßig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist. Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Zulage gegeben, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zulage so rasch wie möglich die zur Behauptung der einseitigen Reichsgerichtsveränderung erforderlichen Maßnahmen trifft.

2. Bei der großen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unter Deemündung überziesiger Maßnahmen und einer überleitenden Behandlung die weislichen Länder bei der Schaffung der Entwürfe noch vor ihrer Verabschiedung im Reichsrat und vor einer öffentlichen Bekanntgabe mangelnd zu beteiligen.

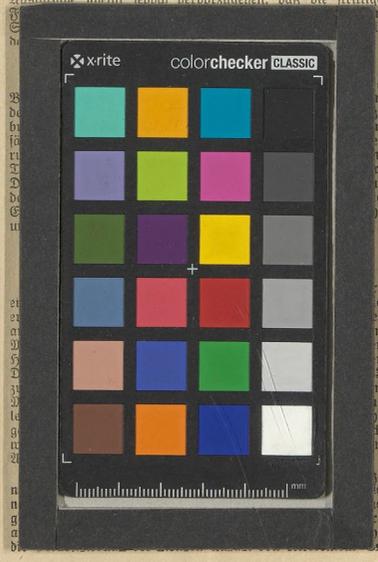
Unterredung Papen—Braun

Noch keine Einigung erzielt.

Berlin, 12. November.

Zwischen dem Reichstanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten fand gestern mittag eine Unterredung statt, in der die Beruche fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Reichsgerichts Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde.

Ueber den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Man hört nur, daß auf Wunsch des Reichstanzlers die Aussprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Die Punkte in diesen Verhandlungen ist beinahe dadurch, daß Reichstanzler von Papen jetzt keine Reise nach Süddeutschland antritt. Aus der Vertagung der weiteren Aussprache scheint jedoch hervorzugehen, daß die kritische



ist vielmehr gelungen, die Zahl der betroffenen Beamten in engeren Grenzen zu halten.

Am einzelnen enthält der Beschluß folgende Personalveränderungen: Staatssekretär Prof. Dr. Schiebl wird mit Wirkung vom 1. 2. 1933 ab in den einseitigen Rubelstand und auf seinen Antrag mit Wirkung vom 1. 5. 1933 ab in den dauernden Rubelstand versetzt. Auf ihren Antrag werden in den dauernden Rubelstand versetzt: Am Ministerium für Handel und Gewerbe Ministerialdirektor Loejener.

In den einseitigen Rubelstand werden versetzt:

Am Ministerium für Volkswohlfahrt die Ministerialdirektoren Meyer, Peters und Dr. Schneider; im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Ministerialdirektoren Bollerer und Roelahn; im Ministerium für Handel und Gewerbe Ministerialdirektor Metzner; im Ministerium für Wirtschaft, Kunst und Volksbildung Ministerialdirektor Dr. Jahnke und Ministerialdirektor Dr. Jöhner; die unmittelbare Weiterverwendung des Ministerialdirektors Dr. Jöhner als Leiter der preussischen Kunstverwaltung ist in Aussicht genommen; im Finanzministerium Ministerialdirektor Großer; im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Ministerialdirektor Thomas; im Ministerium für Handel und Gewerbe Ministerialdirektor Jordan.

Außerdem wurden 28 Ministerialräte, 14 Oberregierungsräte und 12 Regierungsräte in den einseitigen Rubelstand versetzt.

Neuregelung der Buttereinfuhr

Sie tritt bereits am 15. November in Kraft.

Berlin, 14. November.

Mit Wirkung vom 15. November 1932 wird die Einfuhr von Butter neu geregelt. Der Jollos für Butter beträgt von diesem Tage ab autonom 100 RM., jedoch vertragsmäßig für alle meistbegünstigten Länder 75 RM. für den Doppelzentner. Die Einfuhr von Butter wird von diesem Tage ab grundsätzlich verboten. Sie wird jedoch ohne Einfuhrbewilligung zugelassen für bestimmte den einzelnen Erzeugungsländern zugeleitete Kontingente, die nur über die mit den Erzeugungsländern vereinbarten Zollstellen eingeführt werden dürfen.

Die für das Kalenderjahr 1933 festgelegten Kontingente dürfen wie bisher die Zollkontingente nur in Monatsteilen von nicht mehr als dem zehnten Teil des einzelnen Kontingents bis zu dessen Erlöschung eingeführt werden. Jedoch können in den einzelnen Monaten nicht ausgenutzte Kontingente in den folgenden Monaten bis zum Ende des Kalenderjahres eingeführt werden.

Sobald das dem einzelnen Lande zugeleitete Kontingent erschöpft ist, darf Butter, die aus dem betreffenden Lande stammt, nicht mehr zur Einfuhr zugelassen werden.

Mit manchen Ländern, nämlich mit Belgien, Danemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Neuseeland, den Niederlanden, Desterreich, Schweden, Ungarn sowie der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist eine Vereinbarung getroffen, wonach Butter, die in diesen Ländern erzeugt ist, nur durch die ihnen zugeleitete Kontingente anzugeben ist, wenn die Einfuhr mit einer Kontingentsbewilligung des Ursprungslandes versehen ist. Butter, die aus Ländern stammt, die zwar Einfuhrstellen benannt, aber keine Bestimmung über Kontingentsbewilligungen getroffen haben, ist ohne weiteres auf das dem betreffenden Lande zuleitende Kontingent anzugeben.

Die Fälligkeit der Hypotheken

Die neue Verordnung.

Berlin, 14. November.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird das Recht des Gläubigers, die Rückzahlung von dinglich gesicherten Forderungen zu verlangen, bis zum 1. April 1935 hinausgeschoben.

Diese Maßnahme war erforderlich, da es bei der Unergeblichkeit des Kapitalmarktes dem Schuldner zur Zeit nicht möglich ist, sich eine Ersatzhypothek zu beschaffen. Aus diesem Grunde ist deshalb bereits in der Verordnung vom 27. September 1931 die Fälligkeit von landwirtschaftlichen Hypotheken bis zum 1. April 1935 hinausgeschoben worden. Eine ähnliche Vergünstigung bezieht, wenn auch aus anderen Erwägungen, für die Schuldner von Kündigungshypotheken auf Grund der letzten Verordnung vom Dezember 1931, denen ein Kündigungsfrist bis zum 31. Dezember 1934 gemährt ist.

Es war daher ein Gebot der Gerechtigkeit, auch den übrigen hypothekensicheren Schuldner, insbesondere dem städtischen Grundbesitz, einen ähnlichen Zahlungsaufschub zu bewilligen. Die Verordnung bezieht sich auf bereits fällige Hypotheken, jedoch dann nicht, wenn die Fälligkeit durch einen besonderen Anlaß, z. B. den Versuch mit den Zinsen, herbeigeführt worden ist.

In diesem Falle kann aber der Schuldner den Zahlungsaufschub beantragen, wenn er binnen einem Monat die rückständigen Beträge nachbezahlt. Den Interessen des Gläubigers ist dadurch Rechnung getragen, daß er in dem Falle